

Monatlich 50 P., 1/2 Jährl. 1.50 P.
 pränum. frei ins Haus. Durch
 die Post bezogen 1.65 P.

„Die Neue Welt“
 (Unterhaltungsbeilage), durch
 die Post nicht bezahbar, kostet
 monatlich 10 P., 1/2 Jährlich 30 P.

Wohlfahrt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parteeze rechts. Telefon-Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Wohlfahrt Halle.

Inserionsgebühren
 beträgt für die gewöhnliche
 Zeile oder deren Raum
 15 P. für Wohnungs-,
 Vereins- und Bekanntmachungs-
 anzeigen 10 P.
 Im reaktionellen Zeile
 kostet die Zeile 50 P.

Inserate für die fällige
 Nummer müssen höchstens bis
 vormittags 1/2 Uhr in der
 Expedition abgegeben sein
 Eingetragen in die Post-
 zeitungsliste unter Nr. 7501.

166 Halle a. S., Dienstag, den 19. Juli 1898. 9. Jahrg.

Für die allgemeine Wahlpflicht

begeistert sich in der Kreuz-Ztg. irgend ein Reaktionär, dessen Zu-
 schritt das Vaterland so viel Wert beilegt, daß es dieselbe als
 Leitartikel abdruckt. Der verlorste Zweck ist natürlich der gleiche,
 wie bei allen reaktionären Wahlrechtsprojekten: Die „Ueber-
 windung“ der Sozialdemokratie. Der Herr, der diesen durch-
 aus nicht neuen Gedanken in seinem Alter über die Fort-
 schritte der Sozialdemokratie wieder aufwacht, requiriert alle
 Wahlberechtigten, welche nicht gemäß haben, ganz einfach
 für die „haaßverhättnisse“ Parteien und falltirt dann so,
 wenn man diese alle zwangswelge an die Urne bringe, dann
 sei es aus mit den Wahlerfolgen der Sozialdemokratie. Er
 zählt als Vorteile der allgemeinen Wahlpflicht „nach menschl-
 ichem Ermessen“ folgende auf:

Die Stimmung der Nation kommt, wenn auch noch immer
 nicht in idealer Vollkommenheit, so doch in weit größerer
 Mäßigkeit und Schärfe zum Ausdruck als bisher. Es bleibt
 stets ein gewisser Grundhauch an zuverlässigen Wählern sicht-
 bar, der den tabulativen Wahlerfolgen gegenüber erst das
 richtige Bild der Stimmung im Reiche zu gewähren vermag.
 Die haatserhaltenden Parteien werden ohne Zweifel ge-
 winnen und die unverhältnismäßige Wichtigkeit, die der sich
 die Sozialdemokratie aufzubringen vermochte in der allgemeinen
 politischen Gleichgültigkeit, wird erheblich eingeschränkt werden.
 Wir überschätzen ja gewiß nicht die wahre Bedeutung des
 Reichstages für unsere vor allem monarchischen Staaten,
 immer aber muß es der Reichsregierung angenehm sein, einen
 zuverlässigen Barometer der öffentlichen Meinung im Reiche
 zu haben; die bisherigen Reichstage sind das nicht gewesen.
 Endlich würde die allgemeine Wahlpflicht ohne Zweifel er-
 zeuglich wirken im staatlichen Sinn, beim allgemeinen Wahl-
 recht ist bisher beinahe das Gegenteil der Fall gewesen.

Die Nachteile könnten nur darin liegen, daß ein Teil der
 bisherigen Enthaltsamen, namentlich zur Option gezwungen,
 aus Xerger gegen die Regierung stimmen könnte; das werden
 aber doch immer nur sehr wenige sein und mit dem Ein-
 leben der neuen Einrichtung immer seltener werden.

Wertvollerweise läßt der Herr es in Zweifel, ob die
 Wahlpflicht durch ein Gesetz „oder anderweitig“ eingeführt
 werden soll. Was er sich unter dem „anderweitig“ denkt,
 sagt er nicht. Daß es außer der geistlichen Aenderung nur
 den Verfassungsrück gäbe, scheint er nicht überlegt zu haben.
 Er scheint auch sonst manches nicht zu überlegen, denn er
 will, daß Deutschland mit der Einführung der Wahlpflicht
 „der Welt voraus“ gehe; er weiß also nicht einmal, daß in
 Belgien die Wahlpflicht bereits besteht. Wäre er es, dann
 hätte er in Belgien die Probe auf seine Theorie machen
 können. Trotz der Wahlpflicht und trotz des bestehenden
 Pluralstimmensystems hat die Sozialdemokratie in Belgien
 einen gewissen Einfluß gewonnen.

Die Annahme, daß die Sozialdemokratie alle ihre An-
 hänger schon heute ausnahmslos an die Wahlurne bringe,
 ist ja für die Sozialdemokratie ebenso schmeichlich, wie für
 die gegenwärtigen Parteien das Gegenteil beschämend. Aber
 es bleibt gleichwohl eine Illusion, daß alle Nichtwähler bei
 Einführung des Wahlzwanges meinen Gegnern zuzulassen
 würden. Der Wahlzwang würde der Sozialdemokratie auch
 Kreise zugänglich machen, an die wir heute nicht leicht heran-
 kommen können, die aber, einmal aus der Trägheit und
 Gleichgültigkeit aufgereizt, sich sicher befinden würden, den
 Reaktionären dienbar zu sein.

Uebrigens liegt die Kreuz-Ztg. selbst Veranlassung ein gegen
 den „Optimismus“ des Entwerfers. Und wie können den
 Grund für sie heraufschaffen. Das Wahlrecht als Grad-
 messer für die Stimmung der Nation anerkennen und vom
 Reichstage zu fordern, daß er ein zuverlässiges Barometer
 der öffentlichen Meinung sei, widerspricht durchaus den
 konstitutionellen Grundanschauungen und ist im Grunde eine
 demokratische Forderung. In ihrer Erfüllung giebt es viel
 näherliegende Mittel: Man erziehe Vorwage, daß alle Wähler
 frei und ungehindert und unbeeinträchtigt ihr Wahlrecht
 ausüben können, daß nicht Junker und Pfaffen und Unternehm-
 erkreise sie bedrücken und bedrohen, dann hat man ein
 zuverlässiges Barometer. Dann wird der Reichstag freitlich
 anders ausfallen als heute.

Das säkularistische Bürgertum.

In einem lehrreichen Artikel der Wiener Wochenschrift
 Die Zeit spricht der bekannte sozialpolitische Engländer Karl
 Jensch über die bei uns immer mächtiger werdende abio-
 lutistische Strömung im politischen Leben und
 über die Stellung des Bürgertums zum Säkularismus, d. h.
 zu einer auf die Militärmacht gestützte absolutistisch geführte
 kaiserliche Regierung. Er heißt da:

„Man scheidet sich nicht etwa in den Säkularismus als in
 eine harte und widerwärtige Notwendigkeit, sondern man
 begeistert sich, man schwärmt für ihn. Robespierre hat es
 vor dreißig Jahren vorausgesehen, daß es unser Bürgertum

gerade so machen werde wie zu Ciceros Zeit das römische,
 daß es seine politischen Rechte und die Freiheit
 preisgeben werde, um unter militärischem
 Schutz ungehindert und ungefahrdet zu erwerben und
 genießen zu können. Unnütz, das heutige Bürgertum,
 das hohe wie das niedere, von dieser Seite Schildern zu
 wollen, jedermann kennt es! Man erreicht, was man in
 Revolutionen und Verfassungskämpfen erstrebt, man hat die
 historischen Schranken niebergeworfen, die dem Vereinerungs-
 streben im Wege standen, namentlich die Justizstrafen und
 die Bindung der läublichen Bevölkerung an den Boden, man
 kann mit Geld Rittergüter und Menschen kaufen, man kann
 die Arbeitermassen nach Bedarf an sich ziehen und wieder
 abstoßen, man hat das Ohr des Monarchen und verheißt
 dessen Räte willig zu machen für alle der Vereinerung
 dienenden Pläne — was braucht man da noch neue poli-
 tische Rechte! Gar Rechte für solche, die im Zustande der
 Knechtschaft zu erhalten, Grundbedingung der Vereinerung
 ist! Für die Fortkämpfer der Freiheit unter den großen
 Dichtern und Philosophen hat man als für unzeitige finstige
 Schwärmer nur noch ein mitleidiges Achseln. Daher die
 Begeisterung für den Gemaltmännchen Bischoff. . . Nicht
 ganz und gar Materialist ist der Bourgeois, ein Eitischen
 Idealismus steckt auch in ihm noch und auch dieses verheißt
 der Säkularismus zu beschreiben. Mit kurzem Hohn hat
 Byron geschildert, wie die Fürstinnen mit bunten Lappen Tausende
 von Gimpeln anlocken, die sich für sie totschlagen lassen; als
 einen Beweis für die Kraft des Idealismus hat es Carlyle
 geschrieben, daß der Soldat einem Fahrensen kein Leben
 opfert; man mag die Sache mit Byron's oder Carlyle's Augen
 ansehen, die Thatlage besteht: der Durchschnittsmensch strebt
 nach Orden, Titeln und Bändern, fühlt sich beglückt durch
 den Anblick glänzender Uniformen auch noch bestärkt durch
 die Erlaubnis, eine solche zu tragen, und er huldigt dem
 Manne, von dem solcher Segen ausgeht: er bedarf eines
 Staatsoberhauptes, das Glanz verbreitet, wie das
 Herz der Königin eines uniformierten
 Schatzes bedarf.“

Ein wohlgetroffenes Bild unserer „Patrioten“!

Tagesgeschichte.

Hinter den Coulissen. Ueber den Rücktritt des
 Kultusministers Grafen Jellitz wird der Tägliche Rund-
 schau von „Remand, der es wissen kann“, mitgeteilt: „In
 der Kronratsitzung, deren Ergebnis das Juridiktoren des
 Grafen Jellitz war, sollte vom Volksschulgesetz „pro-ramm-
 mäßig“ gar nicht die Rede sein. Bei Besprechung der
 Schulfreiwilligkeit machte Graf Jellitz die freimütige Be-
 merkung, die öffentliche Meinung spreche sich sehr ungenü-
 gend darüber aus. Unwegenshin berührt erwiderte der Kaiser:
 „Jetzt halten Sie mit die öffentliche Meinung entgegen; in
 Bezug auf das Volksschulgesetz sagen Sie mir inwieweit, ich
 solle nichts auf die öffentliche Meinung geben.“ Diese Ge-
 legenheit benutzte ein viel genannter Minister, auch seine
 Bedenken gegen den Gegenwärtigen geltend zu machen und zu
 betonen, seine Unterthut hob er nicht unbedeutend unter den
 Entwurf gestellt. Nach diesem Vortrage blieb dem Grafen
 Jellitz nichts anderes übrig, als zu gehen. Und bei diesem
 Entschlusse beharrte er, trotz Gegenwärtigen. — Daß der
 „vielleicht genannte Minister“ kein anderer ist als Herr v. Miquel,
 braucht kaum gesagt zu werden. Es wird leider nicht er-
 zählt, ob Herr von Miquel schon vorher seine Bedenken gegen
 den Schulgesetzentwurf geäußert hatte.

Auch der Reichstanzler Fürst Schlobowitsch von Hohen-
 lobe ist in seiner Jugend liberal gewesen, wenn auch nicht
 so revolutionär wie sein Ministerkollege Miquel. Die Leipz.
 Volksztg. erinnert daran, daß Hohenlobe 1848 unter seinen
 Standesgenossen als Demokrat vorgeschrien war und als Ge-
 sandter der Zentralgewalt nach London ging. Diese Zentral-
 gewalt verbandte auch die deutschen Grundrechte, in
 deren § 4 es heißt:

„Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck
 und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.
 Die Pressefreiheit darf unter keinen Umständen und in
 keiner Weise durch vorübergehende Notstände, momentliche Be-
 dürfnisse, Sicherheitsbedenken, sonstigen Verhältnisse
 der Druckereien oder des Buchhandels, Polizeiverbote oder
 andere Hemmnisse des freien Verkehrs beschränkt, suspendiert
 oder aufgehoben werden.“

Das war vor 50 Jahren. Vor zwei Jahren wurde unter
 dem Ministerpräsidenten deselben Hohenlobe die lex Rade
 eingebracht.

Eine hübsche Ferienarbeit hat der fromme Reichs-
 löte seinen aus Gestülten und Mitgliedern von Jüng-
 lings- und Jungfrauenvereinen bestehenden Vereinen zugebacht.
 Sie sollen darüber nachdenken, wie das Reichstagswahlgesetz
 am besten umzubringen ist. Das Wackerblatt schreibt zu
 den Wahlrechtsänderungen:

„Vor der Hand wären wir dankbar, wenn
 dieser oder jener Vater ein Regenröschchen am Strande oder in
 der Gebirgsberge benützte, um uns seine inneren Gerech-
 tungen darüber auszusprechen. Wir glauben nämlich, daß
 die Unzulänglichkeiten mit den vielfachen Widersprüchen des
 allgemeinen, gleichen Wahlrechts und den Unzulänglichkeiten, die
 es schafft, im Lande erheblich größer ist, als bisher in Erfah-
 rung getreten ist und daß die Thatfache, daß nicht weniger als
 3/4 Millionen der Stimmberechtigten der Wahlurne diesmal
 ferngeblieben sind, damit eng zusammenhängt.“

Wenn diese Ferienstudien in den Spalten des Reichsposten
 auftauchen, wird das zweifellos eine hübsche Lektüre ab-
 geben.

Ueber die Bruchlinien der Reaktion veröffentlichte
 der Vorwärts einen bemerkenswerten Leitartikel. Unser
 Zentralorgan macht darin aufmerksam auf die 16.000 Stim-
 mbezirke östlich der Elbe, in denen es weder Gemeinbe-
 zirkungen, noch Gemeinderäte, weder Aktives, noch passives
 Gemeinde-Wahlrecht giebt, in denen vielmehr an Stelle der
 Gemeinde der Wille des Ausschreibers steht. In einbring-
 lichen Worten macht der Aufsatz darauf aufmerksam, daß der
 Kampf gegen das Junkertum verheißt ist, so lange ein
 Wahlrecht bleibt, in seinen Zirkeln für das Kleinver-
 der Bezahlung sich als unumfänglicher Herr zu gelten.
 Der Artikel schließt mit den Worten:

„Der Herr aber wie es in der That mit einem mächtigen Ueber-
 rest des alten Feudalismus zu thun, der im Unterst des ge-
 samten deutschen Volkes so schnell als möglich mit Stumpf und
 Stiel ausgerottet werden müßte! Ueber die Macht des ostelbischen
 Junkertums und seiner Verbündeten ist groß; nicht nur das
 preussische Herrenhaus ist seine Domäne, im höchsten
 preussischen Abgeordnetenhaus selbst ihm noch wenige
 Stimmen an der absoluten Majorität. Im Herbst haben Neu-
 wahlen zum Abgeordnetenhaus statt — ein Ereignis, das für
 ganz Deutschland von allerhöchster Bedeutung ist. Erhält die
 agrarisch-junkerliche Clique die Majorität, so wird eine Ver-
 schiebung der Reaktion im Brausen veranlassen, die auch auf die
 Entscheidung der Dinge im Reich nicht ohne Einfluß bleiben
 kann. Hier wäre Gelegenheit für den laien toll schneidenden Liberalis-
 mus, sein Leben zu benehmen! Hier hört ihn kein Kampf nach
 links — hier verstimmen die Gegenstände in Herr- und Marine-
 fragen, die sonst den liberalen Gruppen untereinander als Kampf-
 apfel dienen! Wird der Liberalismus sich noch einmal auf-
 schwingen? Wir wollen es abwarten.“

Gottes Segen bei Cohn. Sowohl die Deutsche
 Kolonialgesellschaft wie auch der Deutsche Frauenverein für
 Krankenpflege in den Kolonien haben die Erlaubnis erhalten,
 zehn Lotterien zu veranstalten. In jedem Jahre soll
 davon eine, in den Jahren 1899, 1900, 1901 und 1902
 aber sollen je zwei und 1903 wieder eine Lotterie stattfinden.
 Jede Lotterie soll aus 500.000 Losen mit 16.870 Geld-
 gewinnen im Gesamtbetrage von 575.000 M. bestehen.

Der Volksschullehrer, ein Paria. Eine die Be-
 aufichtigung und disziplinarische Bestrafung der Volksschul-
 lehrer betreffende Kundgebung an die Reichsjustizministerien
 hat die kgl. Regierung zu Frankfurt a. O. unterm 13. Juni er-
 theilt. Sie lautet:

Die Reichsjustizministerien haben das amtliche und außeramt-
 liche Verhalten der ihnen unterstellten Lehrer und Beamteten zu
 übersehen. Sie sind berechtigt gegen dieselben gemäß §§ 18
 und 19 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 unter der Bedingung
 der nichtrichtlichen Beamten Ordnungsstrafen und zwar
 Warnungen, Geld- und Geldbußen bis zu 9 M. festzusetzende
 Arreststrafe oder eine Ordnungsstrafe auszubehnden Verfügung ist
 auszusprechen. Die Ministerien des Reichs sind zu beauftragen
 sich zu bemühen, inwieweit ein Verbot der Dienstver-
 richtung der betreffenden Beamten Ordnungsstrafen nicht ausreichend ge-
 schadet erachtet, muß der Sachverhalt unter Vorlegung der mit
 dem Sachverständigen aufgenommenen Verhandlungen der kün-
 ftigen Regierung vorgetragen werden.

Und da giebt es noch Kontroversen und liberale Lehrer!

Als Staatsbürger zweiter Klasse. Ich finde die Res-
 tierung von Reichsbeamten die Gefahr anzuzeigen. Sie hat
 folgende Entschließung erlassen:

„In einem gerichtlich beschlagnahmten des Bauernbundes waren
 zwei Lehrer als Mitglieder des Wahlkomitees untergebracht
 worden, und hatten sich dieselben auch an der Agitation für
 ein Bauernbundesmandat beteiligt, was in Kreisen der dortigen
 Bevölkerung Anstoß erregt hat. Die Regierung ist nun weit
 entfernt, die Lehrer in der freien Ausübung ihres beruflichen
 Wirkens zu hindern zu wollen; dagegen mußte das
 beehrte agitarische Verhalten in Anwendung des § 47 der
 künftigen allerhöchsten Verordnung vom 17. Dezember 1826
 hienzu widerlegt werden.“

Hierzu glaubt selbst das Organ des Bundes der Landwirte
 bemerken zu sollen:

„Man wird denn doch, daß es viel zu weit gegangen sei,
 wenn man den Beamten die Mitgliedschaft beim Wahl-
 komitee verbietet will. Darin würde weitestens der Ausschluß
 aller Beamten von der Wählbarkeit eine notwendige logische
 Folge sein.“

„Nicht nur das, sondern auch die Ausschließung von der
 Vereinerung zum Wählenden. Das wäre die letzte Konsequenz
 dieser Einschränkungen der Meinungs- und Bewegungsfreiheit
 der Beamten.“

In einem lichten Augenblick hat der bekannte Anti-
 semitenhänger A. G. H. ein mal eine treffende Charakter-
 sierung der Konservativen geliefert. Er schreibt in
 seinen Wahlverordnungen:

„Die Konservativen, das heißt in der Hauptache der Großadel
 und seine löhngeliebten Hilfskräfte aus dem sogenannten besseren

Bürgerhande, haben gesagt, daß sie an Niedrigkeit und Rücksichtslosigkeit der Beherrschung den Juden, von deren Seite die vollständige Durchführung ist, keineswegs nachsehen. Sind sie in der Verengung der Handlung hinter den Juden zurückgeblieben, so ist das nur ein Beweis von ihrer größeren Dummheit, keineswegs aber von ihrer geringeren Gerechtigkeit. Was man die Engländer der Sozialdemokratie noch so sehr bekämpfen, so wird die doch niemand ideale Forderungen abbrechen können. Was die besten Massen der Protestanten und Zentrumskräfte lassen sich durch ihre Ziele. In der konservativen Partei dagegen gelangt sich in diesem Wahlkampfe die rege Selbststadt, Säge, Heimtüde und Gemeinheit der Beherrschung in so hohem Maße, daß jeder Arbeiterstand das möglichste rasche Abschneiden dieser Partei als notwendig für die allgemeine Umwandlung des Volkes ansehen muß. Die alten Raubritter bilden wahre Idealgestalten gegenüber den durch das Jubeltum verführten Konservativen der Jetztzeit.

So ändern sich die Zeiten! Als Alwardt 1892 in Arnswalde zum erstenmale kandidierte, fand er die thätigste Unterstützung der Konservativen und auf dem Wahltag erregte er die jubelnde Begeisterung derselben. Die Erfahrungen, die er hinterher mit der kleinen aber mächtigen Partei gemacht hat, müssen recht lieblich gewesen sein.

Geldmittel für die „Kollektenden“. Die Deutsche Tageszeitung veröffentlicht eine lange Artikelserie gegen die deutsche Goldwährung. Die jüdischen Bankbesitzer möchten die Schulden, die sie in Gold gemacht haben, gern in billigerem Silber zurückzahlen. Sie wünschen eine sinkende Währung, um steigende Preise für ihre Produkte zu erhalten. Wird das Silber neben dem Gold gleiches Zahlungsmittel, so wird, wie die Wirtschafstheorie glaubt, das Metallgeld vermehrt, die Kaufkraft des Geldes sinkt, für denselben Gelddruck wird also weniger Waren erhältlich, d. h. die Warenpreise steigen. Der Lohn aber, den die Arbeiter erhalten, würde nur langsam oder gar nicht steigen, und hier von Wirtschaft hat ja auch im Reichstag offen erklärt, daß dies das Ziel der Agrarier sei.

Das Organ der Bauernverbände soll diese Wünsche in folgendem Satze zusammenfassen: „Steigende Preise und lohender Verdienst machen jede Arbeit leicht. Dazu bedarf es aber durchaus einer sinkenden Währung oder unübersteigerlicher Vollfranken.“ Dem Konventionen wird also in liebenswürdiger Weise die Wahl gelassen, ob er sich so oder so das Fell über die Ohren ziehen lassen will. Die unübersteigerlichen Vollfranken, die die Agrarier fordern, wenn sie das Wippen und Ruppen des Metallgeldes nicht durchsetzen, würden natürlich das Ende jeder Handelsverträge politisch bedeuten, die darauf beruht, daß Deutschland Getreide und Fleisch gegen einen mäßigen Vollfrank in den Ländern zuführt, die seine Industrieprodukte gegen einen mäßigen Vollfrank über die Grenze lassen. Für die Sammlungsminister a la Miquel und Hofmann sind solche Offenherzigkeiten der oberflächigen Zunker sehr fatal.

Hätet eure Augen. Wegen Missethatsbeleidigung hatte sich am Sonnabend in Berlin der Maurer Fritz Sieblich zu verantworten. Der Angeklagte ist sowohl wegen Ruppelrei wie auch wegen allerlei Gewaltthatigkeiten schon sehr oft vorbestraft. Er war schon vor seiner Verheiratung ein Prügel und hat auch nach seiner Verheiratung seine Frau geprügelt, ist trauriger Gewerbe fortgewandert. Diese Frau ist denn auch gewesen, welche ihn jetzt wegen der Missethatsbeleidigung angeklagt hat. Die That soll schon am Tage der Pentekosten, am 22. März v. J., geschehen sein. Da mal wieder auch in Neu-Weißensee ein Festzug veranstaltet worden. Der Angeklagte stand mit seiner Frau und deren Schwester, den Zug erwartend, an der Ecke der Langhausstraße und soll aus Mitleid eines mit den Arbeiterbüßen befehligen Schaufelers Beleidigungen über den Kaiser und das kaiserliche Haus durch Worte und Gebarden zum Ausdruck gebracht haben. Daß die Frau ihren Mann erst ganz kürzlich diebstahl angeklagt hat, jagte dieselbe damit zu erklären, daß sie sich vor der ungeschicklichen Brutalität ihres Mannes gefürchtet habe. Der Gerichtshof würde der Frau allein auch seinen Glauben beigemessen haben, da aber das Zeugnis derselben durch ihre Schwester gestützt wurde, so lautete das Urteil auf ein Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung.

Inland.

Frankreich. Am heutigen Montage beginnt vor dem Reichsgericht der zweite Prozeß gegen

Herrschin oder Dienst?

Roman von H. Kautz.

Der Gesandte gefiel ihm außerordentlich. Er glaubte meine Arbeit vor sich zu haben und er machte mir darüber die wärmsten Komplimente. Das hat er gebraucht, was er suchte. — Gut, und er hatte die Handlung, in dieser rechtlich-beliebigsten Komposition, in diesen fünf aufgestellten Fragen wurde er beides vereint. Diese verdammt schmerzlichen, daß man wunderbar für den Preis meines Kaudimms, viel er. Diese trübselige Jugend in ihren beschwerlichen Tagen, in ihrer unheimlichen Lebenszeit wird mich und meine Waise erregen. Ein neues Stück muß ich haben. — mein Sie mit einer solchen. — Und ich — verzeihe mir. Ich finde den Jernum nicht ab, ich habe nicht den Mut, zu sagen: Herr, das ist nicht mein Werk, und was Sie da loben und was Sie zu erwidern möchten, es ist das gewisse Eigentum, ich schäme, ich würde nicht den Reim, ich habe es nicht, ich schäme, ich würde nicht, als die Möglichkeit zu verlieren, was zu verdienen, Geld, das ich für meine Familie brauche. In diesem wundergen Eigentum öffnete ich meine Kinnlöcher, nahm das Verdienst eines andern für mich in Anspruch und behalt den Freund? Er schickte sich mit der gestellten Summe, die ich den n. n. gleichsam einem inneren Gemüth bestimmt, der wohl eine Selbstbefriedigung brachte: „Und wenn ich auch mit dem ein Liebesvertrug mein treffe, und wenn er mich erlaubt, meine Komposition zu benutzen — was müßte es mir? Habe ich keinen Pfennig von alledem? Ich bin nicht frei wie er, und nicht frohlich in e. — und der Richter kann nur das wiedergeben, was in e. —“ Er lachte bitter auf. Der Graf ist wachsal in den Unreden gekommen, wenn er Humor verlangt! (Gaugenhorst) und mit einem solchen Witz ist ihm eine Intimität zu einem künftigen Scherzwerkeln liefern; das entspricht, eine Stimme, aber treulich, Lachen würde man nicht darüber! Er verließ den Hof in den Gärten.

Marie blüht kumm, ihr Haupt neigte sich nur noch tiefer gegen die Wand.

Könnte sie ihn trösten? Nein. Sie war die wunderbarste an seinem Innigheit. Wenn sie nicht wäre, dann wäre vieles anders.

Emile Jola und den verantwortlichen Redakteur der Aurore vorzuzug, zu welchem 80 Zeilen vorgeladen sind. Man glaubt jedoch nicht, daß der Prozeß lange dauern wird, da die Angeklagten angeht das Vorgehen der Regierung gegen Piquart die Abfertigung haben sollen, wiederum gegen ihre Verneinung vor das Schwurgericht in Versailles zu protestieren und das Gericht zu verlassen. Im Falle ihrer Beurteilung würden sie die Einlieferung des Kassationshofes anrufen.

Frankreich. Jola hat an den Ministerpräsidenten Brisson einen geharnischten offenen Brief geschrieben, in dem die plumpe Komodie, die das Kabinett in der Dreyfus-Affäre spielt, scharf gegeißelt wird. Der Brief schließt:

„Glauben Sie mir, die Dichter sind ein wenig Seher. In drei Jahren wird Frankreich tot sein oder wir werden einen Mann an der Spitze haben, der gerecht und tugendhaft der Nation den Frieden gibt und alle, die feige und dummlich die gebildete Lebensart und Dummheit angebetet, die Partei genommen haben gegen unterdrücktes Recht und Menschlichkeit, sie finden die verdiente Bestrafung und werden geschmettert sein ihren Freunden durch den Haß des Volkes. Jedemal wenn ich einen von Euch den Scheiterhaufen nachgeben und sich mit der Affäre Dreyfus befassen sehe im öffentlichen Gedanken, vielleicht an eigenen Fortkommen zu arbeiten, sage ich mir: Wieder einer, der nicht Präsident der Republik wird! Geben Sie dem Herrn Brisson, die Versicherung meiner Hochachtung.“

Frankreich. In dem guten Parodemasch, den die Pariser Garnison vorgelesen am Nationalfest, ausgeführt hat, erwidert die Garnison einen neuen Beweis für die von Cavaignac behauptete Thatsache, daß es in der Dreyfus-Affäre vollständig mit rechten Dingen zugegangen sei. Cavaignac war darum auch vorgelesen wieder der Held des Tages und die guten Pariser brüllten ihre „Gott Cavaignac! Wieder mit Jola! Wieder mit den Fiden!“ das es nur so eine Art hatte. — Aber der Paradenmarsch der Pariser Garnison wird der Dreyfus-Affäre so wenig ein Ende machen, wie die „herrliche Rede“ Cavaignacs. Dieser Erkenntnis verleiht sich Cavaignac wohl selber nicht.

Oberst Piquart hatte in der Gefängniszelle einen heftigen Neurosenanfall. Den Wärtern zufolge beürtheteten die Gefängniswärter, Piquart könnte Selbstmord verüben und wollten ihm die Zwangsjacke anlegen, doch gelang es, Piquart zu beruhigen. — Das Echo de Paris glaubt befristungen zu können, daß sensationelle Verfassungen bevorstehen.

Italien. Mitten in den Bedrängnissen des Ausnahmezustandes haben unsere italienischen Wessenen am Sonntag einen Wahlerfolg errungen. In Turin hat eine Nachwahl stattgefunden in dem Kreise, der bisher durch den jetzt verstorbenen Kriegsminister Urin besetzt war. Trotz des Ausnahmezustandes und der brutalen Gewaltmaßregeln, die gegenwärtig in Italien gegen unsere Partei in Anwendung kommen, trotzdem eine Wahlaktion israelisch fast gar nicht stattfinden konnte — Ferni wurde daran verhindert, Wahreine zu Gunsten des sozialistischen Kandidaten zu halten — brachte derselbe es doch auf 865 Stimmen, während bei beiden Gegnern 589 resp. 567 Stimmen erzielten. Im Jahre 1895 waren auf zwei Prozeß Kandidaten, die sich damals in Gefängnis befanden, 372, im Jahre 1897 457 Stimmen abgegeben worden. Wichtigen dem Sozialisten De Amicis und dem Konservativen hat Stichwort stattgefunden, bei welcher die Ausfertigung für De Amicis nicht schlechte sind.

China. Da die chinesische Regierung sich weigerte, einige Ländereien, die zur französischen Niederlassung in Schanghai gehören, zu überlassen, so wurden vom französischen Kanonenboot „Clairon“ 75 Mann und 2 Geschütze gelandet, um von den betreffenden Ländereien Besitz zu ergreifen.

Krieg zwischen Spanien und Nord-Amerika.

Den Abbruch des Friedens soll Mac Kinley nach dem Fall von Santiago als nahe bevorstehend bezeichnet haben. In Spanien wird die dem Frieden günstige Stimmung stärker. Man hofft auf das vermittelnde Eingreifen der Mächte.

Ihren moralischen Bankrott hat die spanische Regierung dadurch erklärt, daß sie die Garantien über die persönliche Freiheit aufgehoben hat. Nachdem die Staatslenker das Volk ins Verberken hinein regiert haben, glauben sie sich

Er müßte nicht so ängstlich nach Erwerb gehen, er würde seinen Erwerb verdienen und sein Selbstgefühl, was ihm kein Verbrechen verzeihen würde, was sie nicht hätte, und nicht bezweifeln konnte, ihr Unglück und ihre gefesselte Neurosen machten sie auch in diesem Punkte hilflos. Sie verstand nun, was diese empfindliche Seele litt, wie sie gläubte, um ihr zu helfen. Sie schickte sie sich hinaus, den Tod im Herzen. Demonten trüben nach ihr und das Kind verlangte auch nach der Mutter. Eine Heilung von Vätern und Sorgen bestanden ihr e Gegenwart und ihre Thätigkeit.

Sie arbeitete, ordnete und sorgte, still, aufricht am, auf das Wichtigste ab. Es gelang nicht aus kleinem Sinn und zu viel, weil sie sich nicht getraut, o nein, sondern weil die Entscheidungen der Konstante, was dem Wille der Familie dienen sollen, ihre ganze Hingabe und ein solches Wüten auf das Rechte verlangten. Und eine solche einwillige Thätigkeit, die sich selbstverleugern, mehr Dornen verlangt, als große Identitäten, sie gilt in für nichts in den Augen der Welt, die über sie die Welt ist.

Marie hatte nur gelacht und ihr Kind gestützt und es gebietet, sie hatte ihre Rechnungen gemacht und alles, was ihren Mann führen, seine Nerven erregen konnte, sorg am dem oben oder beilegte geschickt.

Sie hatte damit allerdings nichts außerordentliches geleistet, aber sie hatte es in einer Gemüthsstimmung in der ein Mann nie mehr hätte erreichen wäre, sich selbst zu vergessen in der liebevollen Fürsorge für die augenblicklichen Bedürfnisse seiner Umgebung.

3. hntes Kapitel.

Zeit zwei Tagen bewohnte Eclaira Bianca nicht mehr das Hotel Danzell. Die Zimmer, die nach der Wina gingen, waren für zu heiß zu geräuschvoll gewesen. Sie wünschte Ruhe, Kühle, und doch daneben Luft und Licht.

In Valencia war es kein leicht Aufgabe, alle diese Bedingungen zu erfüllen, aber Eugen ließ es sich außerst angelegen sein. Er hatte Kommissäre und Agenten in Bewegung gesetzt und war tagelang ausschließlich damit beschäftigt gewesen, die einladenden Anträge durchzuführen, die in Valencia gebrauchten Palais aufzuführen, ihre Lage in Betracht zu ziehen, die Anzahl der Wohnungen der Gemächer zu bestimmen und dabei zu kombinieren, ob und inwiefern dies alles Eclairas Gemüth und

dadurch noch hatten zu können, daß sie den freischen Rechtsbruch beghehen.

Wie die oberchlesischen Bergarbeiter betrogen werden.

Die gegenwärtigen Maßregelungen sozialdemokratischer Arbeiter von Berg- und Hüttenwerten lenkt wieder einmal die allgemeine Aufmerksamkeit auf die sogenannten Werksrenten-laffen. In den Berichten über die Maßregelungen wurde bereits hervorgehoben, daß einzelne der Gemachtregellen, die viele Jahre auf demselben Werke gearbeitet haben und in dieser Zeit mehrere Hundert, bis 800 M. und mehr, an Beiträgen zu diesen Rentensaffen gezahlt haben, jetzt diese Summen einfach verlieren sollen, wenn es nach dem Willen der Werksrentenlaffen geht. Benichtigtes ist um kein einziger Fall bekannt geworden, in dem den Gemachtregellen ihre Rentensaffenbeiträge zurückgezahlt worden wären; Anspruch haben die Arbeiter aber doch ganz entschieden darauf, nicht bloß auf das durch die Beiträge angeammelte Kapital, sondern selbstverständlich auch auf die Zinsen.

Die 28 oberchlesischen Werksrentensaffen — so viele sind es — sind schon früher und zwar nicht bloß einmal Gegenstand behördlicher und öffentlicher Erörterungen gewesen. Aber wie es bei allen Dingen geht, in denen die am meisten interessierte Partei, die Arbeiterchaft, ohne maßgebenden Einfluß ist, es blieb alles beim alten. Im Jahre 1896 „erzog“ der damalige Opposier Regierungspräsident Dr. v. Ritter mit den betreffenden Werksrentenlaffen eine Aenderung des jetzigen unhaltbaren Zustandes; es kam nicht zu stande, weil jede halbwegs vernünftige Neuordnung dieses Rentensaffen die Arbeiter begünstigt und an der Macht der Werksrentenlaffen über die ihnen schuldigsten Arbeiter etwas abgedröhrt hätte. Die einzige „Leistung“, die aus dieser Erwägung hervorging, war die Schaffung einer sogenannten Freizügigkeit: Vereinerung zwischen den Gleichen und Hinfälligkeit. Deren Grundgedanke war: jeder Arbeiter, der mindestens fünf Jahre auf einem der beteiligten Werke gearbeitet, seine Beiträge regelmäßig gezahlt hat, die Arbeit in geleglicher Weise verläßt und auf einem der beteiligten Werke Arbeit nimmt, kann beanspruchen, daß ihm die früher gezahlten Beiträge ohne Zinsen (!) vom früheren Werke an das neue überwiesen werden. In allen anderen Fällen wurde er um seine Beiträge geprellt: wenn er weniger als fünf Jahre auf einem Werke gearbeitet hatte, wenn er ohne Kündigung die Arbeit verließ und man er nicht auf einem der beteiligten Werke weiter arbeitete, also z. B. auf jeden Fall dann, wenn er Oberchlesien verlassen wollte. Aber selbst in günstigen Fällen wurde er um die Zinsen geprellt. Man kam aber dieser günstige Fall nur äußerst selten vor, dafür sorgte das verdorbenste und immer noch nicht verbolene System der schwarzen Listen.

Im vorigen Jahre hatten einige Arbeiter auf einer der Hütten mit Rentensaffen die „Herrschin“, wie man hier noch jagt, die Wohnung in Arbeiterhütten gekündigt, da sie ihnen ihrer vielen Kinder wegen zu klein geworden war. Die Antwort der Verwaltung war, daß sie ihnen die Arbeit kündigte! Mit der Wohnung waren die Vermögen auch ihre Beiträge für die Rentensaffen los, so man sie auch über die letzten Jahre gezahlt hatten, im ganzen etwa je 500 M. Der Weisener Gewerkschaftsleiter ließ sich ins Mittel, und er erreichte es auch, daß die Kündigung zurückgenommen wurde, mußte aber die Herrschin einsehen, daß man ihm Gründe für das Verhalten der Verwaltung nicht anzugeben brauche!

Aber, wird man fragen, wie stand denn so himmelschreiende Schände bei bestimmten Statuten, wie sie das Gesetz vorschreibt, und die doch höheren Orts gepreßt worden müssen, möglich? Selbstverständlich besitzen alle Werksrentensaffen Statuten. Selbstverständlich sind auch alle diese Statuten von der Regierung genehmigt. Aber das ist das tollste an der Sache, daß die Rechtslosmachung der Arbeiter durch die Werksrentenlaffen eben auch genehmigt ist. In Oberchlesien ist eben noch alles nicht nur möglich, sondern einfach an der Tagesordnung, darunter auch die Thatsache, daß die Werksrentenlaffen massenhaft in den Besitz von Geldern kommen, die sie den armen und ärmsten Arbeitern vorenthalten oder durch Kündigung abzurufen.

ihren Anforderungen zu entsprechen vermochte. Er war einseitig geblieben, der arme Mann, und doch hatte er noch immer nichts gewonnen, das er anbieten zu können glaubte. Aber dem Schicksal blüht er Erfolg, und er war so glücklich, ein wahres Ziel ausfindig zu machen, ein Unikum für Venedig, das seine Verarmungen übertraf und ihre weitgehenden Anforderungen befreite. Marie war der Kanal grande, wo er schon breiter wird, umweilt der Dogana di Mare, wo seine Scenerie am lieblichsten sich gestaltet, erblüht man, eingehoben zwischen Balkonen und Rischen, eine et was vorzügliche, am Wasser liegende Terrasse. In beiden Seiten betreiben sie ein massives Mauerwerk, man kann die Häuser, die jedoch nicht in der Höhe eines Erdgeschosses sich erheben. Es ist die begonnene Fassade des Palazzo Venier, die eine der herrlichsten und imposantesten des Kanal grande werden sollte. Es geht die Sage, der Patriarch und Habsburger Venier hätte den Bau dieses Palastes in der bosphorischen Küste unterzogen, damit einem Palast und Lustschloß ein und demselben Namen zu geben. Dieser heißt den Palazzo vis-a-vis und er übte sich, von seinen Besitzern aus die herrliche Fassade zu haben. Er sah auf die gegenüber liegenden Gärten nach dem Kanal della Dandolo und auf die grüne Lage, und noch über diese hinweg am äußersten Horizont die Lagune. Aber dieser Venier war ihm nicht genug, und Venier beschloß, ihm die vergrünte Luft zu geben. Dieser Marzetta ward so fort ins Werk gesetzt, die Gänge gefast und der Bau mit immensen Luxus begonnen. Er wurde bald unterbrochen. Der gleich ruhige und gleich erbotene Gegner hatte in überdies alle Mittel, seine Güter Venier auszuführen, zumal Venedig, und nun sein Haus gegenüber zu haben, mußte er den Bau nicht nur zu hinterziehen, er richtete einen Feind vollständig zu Grunde. Es gab unter diesen reichen Patriarchen Venier die unüberwindlichen Gegner, die aus kleinstädtischer Habgier gegen einander wühlten. Dieser Bau war bis heute unvollendet und wird es wohl immer bleiben. Aber hinter dem großen Giebelwerk, das das Portal schließt, bemerkt das Auge eine grüne Oase, dunkle Lauben und Gebüsch, und Platänen und hohe Cypressen ragen über die Mauer der Feind, ein wohlthuender Anblick in dem Barbarenland. Das hier liegt ein reizender, wohlgepflegter Garten, der einige am Kanal grande, und in demselben steht ein einladendes, villenartiges Hauschen, mit einer Veranda, von der eine breite Treppe in den Garten führt. Eine Fortsetzung folgt.

